MZ Regensburg-Stadt 28.12.14 Norbert Lösch

**Anlieger sollen nicht länger mitzahlen**

**Regensburgs CSU will die Straßenausbaubeitragssatzung abschaffen. Die Diskussion darüber ist erst mal ins Jahr 2015 vertagt.**

**Neues Gutachten zur Rechtslage**

In Regensburg machte sich die CSU das Thema zueigen. Die Stadtratsfraktion hat bereits am 26. August einen Antrag auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestellt. Der wurde im September im Finanzausschuss behandelt und auf Vorschlag des Oberbürgermeisters, die rechtliche Umsetzbarkeit zunächst prüfen zu lassen, zurückgestellt. „Diese Prüfung ist erfolgt und wurde den Fraktionen auch bereits zugestellt. Allerdings ist bislang von der CSU-Fraktion noch keine Rückmeldung eingegangen, ob sie den Antrag aufrecht erhalten will“, hieß es jetzt aus der städtischen Pressestelle.

Was in dem Rechtsgutachten zum Thema Abschaffung der Straßenausbaubeiträge steht, ist bis dato nichtöffentlich. Denn die Diskussion darüber, mittlerweile ins nächste Jahr vertagt, soll zunächst in den Fraktionen und dann in den zuständigen Stadtratsgremien stattfinden. Aus anderen Städten ist zu hören, dass Ausnahmen von der Regel, Straßenausbaubeiträge zu erheben, nur Kommunen mit außerordentlich guter Finanzlage gewährt werden. Wo zum Beispiel der Haushalt zum Teil mit Krediten finanziert wird, darf eine Kommune nicht freiwillig auf Einnahmen nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG) verzichten. Außerdem ist die Abrechnung von Altfällen mitunter ein schwieriges und rechtlich angreifbares Unterfangen.

Nach Berechnungen der Stadtkämmerei würde ein Wegfall der Straßenausbaubeiträge die städtischen Finanzen pro Jahr mit mehr als einer Million Euro belasten. „Die Stadt Regensburg ist mit 200 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen so gut aufgestellt, das müsste sie sich leisten können“, meint der CSU-Fraktionsvorsitzwende Hermann Vanino. Neue Töne, denn unlängst hatte Vanino namens seiner Fraktion moniert, dass die neue Regierungskoalition unter OB Joachim Wolbergs das Geld nur so zum Fenster rauswerfe. Der so Gescholtene konterte in der MZ: „Wer Beiträge nach dem KAG abschaffen will, sollte mit solchen Vorwürfen sehr vorsichtig umgehen“, sagte Wolbergs und spielte damit auf den Vorstoß der Union in Sachen Straßenausbaubeiträge an.